

**EDITORIAL**



**LIEBE LESERINNEN,  
 LIEBE LESER,**

die 20er-Jahre bringen bislang große Herausforderungen für unser Zusammenleben mit sich. Das Jahrzehnt war kaum drei Monate alt, da stellte die Corona-Pandemie das Leben auf den Kopf. Seitdem sind durch Russlands Überfall auf die Ukraine und die steigenden Preise weitere Belastungsproben für unsere Demokratie hinzugekommen.

Neben diesen äußeren Einflüssen versuchen extremistische und gewalttätige Gruppen auch in Niedersachsen zunehmend, die freiheitliche Gesellschaft und ihren Rechtsstaat infrage zu stellen.

Das lassen wir nicht zu. Die Demokratie in unserem Land ist stark, und sie ist wehrhaft. Das ist vor allem auch das Verdienst unserer Einsatz- und Rettungskräfte. Für sie werden wir uns auch in Zukunft einsetzen, damit alle Menschen in Niedersachsen gut und sicher leben.

Ihr Fraktionsvorsitzender

Grant Hendrik Tonne

# WIND, SCHNEE UND DEBATTEN

**DIE SPD-FRAKTION** tagt auf Norderney

Von Daniel Voigt

Für einen kurzen Moment hielt der Winter Einzug. Dicke Schneeflocken rieselten auf das Dach des Conversationshauses von Norderney, als die SPD-Landtagsfraktion gerade den ersten Teil ihrer Klausur abgeschlossen hatte.

Drei Tage lang debattierten die Abgeordneten der größten Fraktion im Landtag über den richtigen Kurs für das laufende Jahr. Zentrale Themen waren dabei die Stärkung der Demokratie, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie die Gestaltung der Energiewende.

»Die aktuellen Herausforderungen setzen tiefgreifende Veränderungen in unserem Land in Gang. Extremistische Gruppierungen und Gewalttäter fordern unseren demokratischen Rechtsstaat heraus, steigende Preise machen das Leben und Wohnen für viele Menschen immer teurer. Gleichzeitig erfordern der Klimawandel und die gegenwärtige Energiekrise die entschlossene Umsetzung der Energiewende«, erklärt Grant Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. »Diese Herausforderungen wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten, damit Niedersachsen aus dieser krisenhaften Zeit gestärkt hervorgeht.«

Die wichtigen Forderungen der Klausurtagung fasst die Fraktion in drei Kapiteln der »Norderneyer Erklärung« zusammen:

**Den demokratischen Rechtsstaat schützen und stärken**

- Die Zulagen für Polizistinnen und Polizisten und Feuerwehrleute im Einsatzdienst sollen auf jeweils 180 Euro angehoben werden. Das bedeutet mehr Respekt und Wertschätzung für ihren Dienst an unserer Gesellschaft.
- Anhebung der Mindeststrafe von einem halben auf ein Jahr, wenn Rettungskräfte gezielt in Hinterhalte gelockt und angegriffen werden.



Damit wollen die Abgeordneten mehr Abschreckung für die Täter:innen und mehr Sicherheit für die Helfenden erreichen.

- Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Noch in diesem Jahr sollen Eckpunkte für ein Gesetz gegen digitale Gewalt im Bundesrat eingebracht werden.

**Wohnen ist ein Grundrecht, kein Luxus: Die soziale Bauwende mit der Landeswohnungsgesellschaft einleiten**

- Noch 2023 soll das Land eine eigene Wohnungsgesellschaft gründen und mit notwendigem Kapital ausstatten, damit diese künftig als kraftvolle Akteurin zur Entspannung am Wohnungsmarkt beitragen kann.
- Der Bau von Wohnungen muss erleichtert werden. Darum will die SPD-Fraktion die Baustandards kritisch beleuchten und gegebenenfalls herabsetzen, ohne dass die Lebens- und Wohnqualität oder der Mietschutz beeinträchtigt werden.
- Die Abgeordneten wollen Lösungen entwickeln, wie mehr Niedersächsischen und Niedersachsen gefördert-

ten bezahlbaren Wohnraum in Anspruch nehmen können.

**Die Energiewende in Niedersachsen weiter vorantreiben und stärken**

- In den kommenden 12 Jahren soll in Niedersachsen rechnerisch eine Windkraftanlage pro Tag errichtet werden. Hierfür sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und Förderungen ermöglicht werden.
- In Niedersachsen soll eine eigene Solar-Produktion unter möglicher Beteiligung des Landes als Minderheitsgesellschafter entstehen, um die Energiewende unabhängiger von Importen zu machen.
- Der Bund muss zeitnah einen günstigen Industriestrompreis umsetzen, um Arbeitsplätze zu sichern, Unternehmen zu entlasten und Investitionen zu ermöglichen.
- Ein Masterplan Energiewende Küste soll geplante oder mögliche Maßnahmen bündeln und Entwicklungspotenziale aufzeigen, um die niedersächsische Nordseeregion bei der schnellen Umsetzung der Energiewende zu unterstützen. ■

## LOGISTIK GEHT AUCH MIT GUTER ARBEIT

Die neuen Sneaker oder das Abendessen vom Sofa aus bestellen und bequem nach Hause liefern lassen. Das Einkaufsverhalten vieler Menschen verlagert sich nicht erst seit der Corona-Pandemie immer mehr ins Internet. Inzwischen erwirtschaftet der Einzelhandel rund 11,5 Prozent seiner Umsätze online – und jede Bestellung muss von einer Paketbotin oder einem Paketboten händisch zugestellt werden.

»Die Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche sind nach wie vor schlecht. Rund zwei Drittel der 50.000 Beschäftigten in Niedersachsen arbeiten bei Subunternehmen oder als Soloselbstständige. Gewerkschaften berichten unter anderem von hoher Arbeitsbelastung, psychischem Druck oder Verweigerung von Lohnansprüchen. Gleichzeitig geht die Zahl der tariflich Beschäftigten in der Branche zurück«, berichtet Nico Bloem, Mitglied im Wirtschaftsausschuss für die SPD-Landtagsfraktion.

»Das Paketboten-Schutz-Gesetz des Bundes von 2019 hat hier noch keine ausreichende Verbesserung bei den Arbeits-



Foto: Envato | DragonImages

bedingungen bewirkt. Daher streben wir ein bundesweites Verbot von Werkverträgen und Nachunternehmerketten in der Paketbranche an«, erklärt der SPD-Abgeordnete. Vorbild ist eine ähnliche Regelung für die Fleischindustrie, wo seit 2021 Leiharbeit untersagt ist und in der Folge die tariflichen Verträge zunehmen. »Wir wollen Paketdienstleister dazu bringen, ihre Botinnen und Boten zu fairen Konditionen selbst anzustellen.

Zudem sieht unsere Initiative eine Gewichtsbeschränkung von 20 Kilogramm im Ein-Personen-Handling vor.«

»Wir sind überzeugt, gemeinsam mit anderen Bundesländern so eine substanzielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu bewirken. Das haben die Zustellerinnen und Zusteller verdient«, so Bloem weiter.

2019 hatte SPD-Bundesarbeitsminister Hubertus Heil das Paketboten-Schutz-Gesetz entwickelt. Herzstück des Gesetzes war die sogenannte Nachunternehmerhaftung. Primäre Auftraggeber, also große Logistikunternehmen wie Amazon oder Hermes, sind seitdem haftbar, wenn beauftragte Subunternehmen keine Sozialversicherungsbeiträge abführen. Das Gesetz wird derzeit evaluiert. ■

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
**Verantwortlich:** Lars Drebold, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen  
**Mitarbeiter an dieser Ausgabe:** Eva Güntzel, Julia Franz, Daniel Voigt  
**Redaktionsschluss:** 23. März 2023  
**Redaktion:** Daniel Voigt, danielvoigt@lt.niedersachsen.de  
**Anschrift:** Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover  
 spd-fraktion-niedersachsen.de  
**Layout & Satz:** Anette Gilke